

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 23. und 24. März 2017**

**Haushaltsbegleitanträge
der CDU-Landtagsfraktion**

„Sicherheit und Zuversicht“

Einleitung

I. Innere Sicherheit

1. Mehr innere Sicherheit mit verstärkter Polizei
2. Für eine funktionierende und effektive Justiz
3. Islamismus und Salafismus konsequent entgegentreten
4. Missbrauch verhindern – konsequent abschieben

II. Bildung, Hochschulen, Weiterbildung und Kultur

1. Bildung braucht Qualität
2. Für eine gute Zukunft unserer Hochschulen
3. Weiterbildung hat Zukunft
4. Kulturangebot erhalten – musikalische und künstlerische Förderung sichern

III. Familien

Landesprogramm „Starke Familien“

IV. Verkehrsinfrastruktur

Straßennetz erhalten – in Verkehrsadern investieren

V. Medizinische Versorgung, Pflege

1. Mehr Sicherheit für die Krankenhausversorgung durch Abbau des Investitionsstaus bei der Krankenhausförderung
2. Mehr Sicherheit in der ärztlichen Versorgung durch Neukonzeption des Förderprogramms der Landesregierung und weitere Maßnahmen
3. Mehr Sicherheit bei Mitwirkung und Beteiligung in Einrichtungen für Menschen im Alter mit Pflegebedarf oder Behinderung durch verstärkte Schulung

VI. Kommunen

Kommunen entlasten – Bundesmittel angemessen weiterleiten

VII. Land- und Forstwirtschaft, Weinbau

1. Neue Vermarktungswege für Obstbauern
2. Erhaltung der Kulturlandschaft durch Pflege der Steillagen
3. Personalentwicklung in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum
4. Waldwegenetz in Rheinland-Pfalz

Einleitung

Am 23. und 24. März 2017 wird der von der Landesregierung eingebrachte Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 abschließend beraten.

Die CDU-Landtagsfraktion hat dazu **123 haushaltswirksame Deckblätter** eingebracht.

Wir planen zur **Finanzierung unserer Schwerpunkte im Jahr 2017** 114,5 Mio. Euro ein. Dem gegenüber stehen Einsparungen in Höhe von 324,3 Mio. Euro. Damit **senken** wir die von der Landesregierung geplante **Nettokreditaufnahme von 291,1 Mio. Euro auf 81,3 Mio. Euro**.

Für das Jahr **2018** planen wir zusätzliche Ausgaben in Höhe von 137,5 Mio. Euro, bei **Einsparungen in Höhe von 193,8 Mio. Euro**. Im Ergebnis **reduzieren** wir damit die von der Landesregierung vorgesehene **Nettokreditaufnahme in Höhe von 54,0 Mio. Euro auf Null und erreichen sogar einen kleinen Überschuss in Höhe von 2,3 Mio. Euro**.

	2017	2018
Nettokreditaufnahme Regierungsentwurf	291,1 Mio. Euro	54,0 Mio. Euro
Zusätzliche Ausgaben CDU-Landtagsfraktion	+ 114,5 Mio. Euro	+ 137,5 Mio. Euro
Einsparungen	- 324,3 Mio. Euro	- 193,8 Mio. Euro
<hr/>		
Nettokreditaufnahme (Überschuss)	81,3 Mio. Euro	- 2,3 Mio. Euro

Das zeigt, dass bei richtiger Schwerpunktsetzung und konsequenten Sparmaßnahmen politische Gestaltung und solide Haushaltsführung möglich sind.

Unsere Schwerpunktsetzungen unterfüttern wir mit insgesamt **18 Haushaltsbegleitanträgen**.

I. Innere Sicherheit

1. **Mehr innere Sicherheit mit verstärkter Polizei**
2. **Für eine funktionierende und effektive Justiz**
3. **Islamismus und Salafismus konsequent entgegentreten**
4. **Missbrauch verhindern – konsequent abschieben**

Die **Gewährleistung der Inneren Sicherheit zählt zu den zentralen Schwerpunkten** der CDU-Landtagsfraktion bei der Beratung dieses Doppelhaushalts 2017/2018. Ergänzend zu unseren Deckblättern legen wir **vier Haushaltsbegleitanträge** vor, die die **Stärkung von Polizei, Justiz und Strafvollzug, die Bekämpfung von Islamismus und Salafismus und des Asylmissbrauchs** zum Ziel, haben.

Die Einzelheiten dazu haben wir bereits in einem eigenen Pressegespräch vorgestellt. Daher an dieser Stelle nur ein **kurzer Hinweis auf unsere zentralen Forderungen**:

Polizei stärken

Wir wollen die sehr schwierige **Personalsituation bei der Polizei** durch verschiedene Maßnahmen entspannen: Insbesondere durch eine **Anhebung der Einstellungszahlen von Polizeianwärtern und Tarifbeschäftigten**, durch eine **Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben** und durch **freiwillige Dienstzeitverlängerungen**. Außerdem wollen wir die **Attraktivität des Dienstes** in der Polizei durch **bessere Bezahlung und Beförderung** stärken. Dazu gehört auch eine **Verbesserung des Schutzes von Polizisten** - wie auch von Rettungs- und Hilfskräften - vor Gewalt. Hier sind **Strafverschärfungen unumgänglich**.

Justiz stärken

Auch im Bereich der **Gerichte, Staatsanwaltschaften - einschließlich der Zentralstelle Cybercrime - und des Strafvollzugs** sehen wir zur Gewährleistung von Effizienz und Qualität personelle Verstärkungen vor. Auf die von der Landesregierung im Strafvollzug geplanten Stellenstreichungen muss verzichtet werden.

Islamismusprävention – Präventionsnetzwerk aufbauen

Dringend notwendig sind angesichts der Zunahme der **Zahl der radikalen Salafisten mehr Mittel für die Islamismusprävention**. Es gibt in Rheinland-Pfalz weder ein **Ausstiegsprogramm** noch ein **Präventionsnetzwerk**. Es mangelt in diesem Bereich an einem ganzheitlichen Konzept, das bis in die Schulen, Jugend- und Sportverbände hineinreicht. Das wollen wir ändern.

Missbrauch des Asylrechts verhindern

Unser Antrag zur **Flüchtlingspolitik** zielt darauf ab, das Asylrecht strikt auf diejenigen zu fokussieren, die tatsächlich verfolgt sind und **Missbrauch zu verhindern**. Das schließt ein **striktes Vorgehen gegen Identitätsverschleierung und –missbrauch** ebenso ein, wie die **konsequente Abschiebung** abgelehnter und straffällig gewordener Asylbewerber. Wir brauchen eine **Zentralisierung der Rückführungen**, die **Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien** sowie **Transitzentren** zur Registrierung an den deutschen Außengrenzen. Nur so wissen wir, wer hier einreist und nur so können wir die Sicherheit der Bürger gewährleisten.

II. Bildung, Hochschulen, Weiterbildung und Kultur

1. **Bildung braucht Qualität**
2. **Für eine gute Zukunft unserer Hochschulen**
3. **Weiterbildung hat Zukunft**
4. **Kulturangebot erhalten – musikalische und künstlerische Förderung sichern**

Das einzelne Kind und dessen Begabungen – für uns steht das im Mittelpunkt einer guten Bildungspolitik. Kindgerechter Unterricht in einer **verlässlichen Qualität** ist aber nur möglich, wenn die Unterrichtsversorgung stimmt. Deshalb legen wir in unserem Antrag einen klaren Schwerpunkt auf eine **hundertprozentige Unterrichtsgarantie**.

Gerade für junge Schüler sind kurze Wege zur Schule wichtig. Trotzdem hat die Landesregierung eine Liste mit von der Schließung bedrohten **kleinen Grundschulen** erstellt. Wir fordern die Landesregierung auf, **langfristige Konzepte** zu entwickeln, um Schulstandorte auf dem Land zu erhalten. Diese fehlen bisher.

Zur Bildungsqualität zählt auch eine **begabungsgerechte Förderung**. Leider wird diese in Rheinland-Pfalz zu oft nur auf leistungsschwächere Schüler bezogen. Wir setzen dagegen genauso auf eine **Förderung leistungsstarker** oder hochbegabter Schüler, die wir stärker ausbauen möchten. Der Methode „**Schreiben nach Gehör**“ erteilen wir im Sinne unserer Kinder eine klare Absage. In unserem Antrag sprechen wir uns für den **Erhalt der Schreibschrift** aus.

Mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen wir durch die Einführung **landeseinheitlicher Abschlüsse**.

Hochschulen und Weiterbildung

Nach einem erfolgreichen Schulabschluss möchten immer mehr Jugendliche an einer Hochschule studieren. Deren **Ausstattung durch die Landesregierung** hält mit dieser Entwicklung aber nicht Schritt. Wir wollen deshalb die **Autonomie der Hochschulen** stärken und ihnen mehr **Entscheidungsspielraum bei Personal- und Baufragen** geben. Die **Studierendenwerke**, die eine wichtige Aufgabe wahrnehmen, möchten wir bedarfsgerecht unterstützen. Auch eine stärkere Unterstützung der **Weiterbildungsträger** halten wir für sinnvoll. In einem weiteren Antrag schlagen wir deshalb unter anderem **Zielvereinbarungen** vor, die besonders die Herausforderungen durch den demografischen Wandel und eine zunehmende Digitalisierung in den Blick nehmen.

Kulturangebot erhalten – musikalische und künstlerische Förderung sichern

Musik, Malerei oder Schauspiel – Kultur spricht ganz unterschiedliche Bereiche und Sinne an. Ein **flächendeckendes Angebot** sorgt dafür, dass jeder am kulturellen Leben teilnehmen kann. Dafür wollen wir mit unserem Antrag die Voraussetzungen schaffen. Auch für eine gute Bildung von Kindern spielen Musik und Kunst eine große Rolle. Gerade die **Musikschulen leisten hier wertvolle Arbeit**, auch schon im frühen Alter durch Kooperationen mit Kindertagesstätten. Sie wollen wir **finanziell stärken**, da vielerorts die Situation aufgrund der hohen Verschulung von Städten und Gemeinden angespannt ist.

III. Familien

Landesprogramm „Starke Familien“

Die Leistungen, die Familien für unsere Gesellschaft erbringen, sind von unschätzbarem Wert. Ob Erziehung, Betreuung, Bildung, wirtschaftliche Fürsorge, Pflege der Großeltern oder von kranken Familienangehörigen, emotionale Stärkung und Unterstützung der Familienmitglieder – all diese Aufgaben werden von Familien übernommen. Wir fordern deshalb in unserem Antrag ein **Landesprogramm „Starke Familien“**.

Hier drei zentrale Elemente des Programms:

Für uns ist Familienpolitik mehr als Kita-Politik. Deshalb wollen wir unter anderem **Eltern vor Ort** besser unterstützen und sie auch nach Schließen der Kita nicht alleine lassen. Elterninitiativen, Krabbelgruppen und kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten vor Ort möchten wir stärker fördern.

Ein Herzensanliegen sind uns auch die **kinderreichen Familien**. Sie kommen in der öffentlichen Diskussion häufig zu kurz. Deshalb schlagen wir vor, mit **verstärkter Öffentlichkeitsarbeit** für eine verbesserte Akzeptanz kinderreicher Familien zu werben und deren **spezifische Bedürfnisse** genauer zu untersuchen.

Und Drittens möchten wir einen **Familienatlas für Rheinland-Pfalz** ins Leben rufen, **in dem alle Informationen und Angebote für Familien der verschiedenen Träger landeszentral gesammelt und zugänglich gemacht werden**. Der Familienatlas soll interaktiv als Internetseite und als Familien-App gestaltet werden.

IV. Verkehrsinfrastruktur

Straßennetz erhalten – in Verkehrsadern investieren

Auch die Details zu unseren **verkehrspolitischen Schwerpunkten** haben wir in einem eigenen Pressegespräch vorgestellt. Deshalb hier nur noch einmal in aller Kürze die Eckdaten unseres Antrags:

Den **Sanierungsstau** von rund einer Milliarde Euro, den der Rechnungshof festgestellt hatte, wollen wir angehen.

Deshalb erhöhen wir im Bereich der **Landesstraßen** die Mittel **für den Erhalt, Um- und Ausbau sowie den Neubau** von Landesstraßen gegenüber dem Regierungsentwurf in **2017 um 9 Mio. Euro und in 2018 um 18 Mio. Euro**.

Im Bereich des **kommunalen Straßenbaus** schlagen wir eine Aufstockung der Mittel in **2017 um 4,5 Mio. Euro** vor. **2018 verdoppeln wir diesen Ansatz und stellen 9 Mio. Euro** für den Ausbau der kommunalen Straßen zur Verfügung.

Aufgrund der angespannten **Personalsituation beim Landesbetrieb Mobilität (LBM)** – insbesondere bei den Ingenieuren – haben wir die Mittel für die **externe Vergabe von Ingenieurleistungen um 2 Mio. Euro (jeweils für 2017 und 2018)** erhöht.

Zu den aktuellen Äußerungen und Zahlenspielen von Frau Dreyer und Herrn Wis-sing ist folgendes zu sagen:

Von **Frau Dreyer** war zu lesen (AZ vom 15. März 2017), mehr Geld allein löse das Problem nicht, es müsse auch verbaut werden. **Genau, Frau Dreyer, das Geld muss auch verbaut werden, und genau dafür muss die Landesregierung die Voraussetzungen durch Personal beim LBM und durch Planung schaffen. Das tut sie**

aber nicht. Es ist ein **Skandal**, dass die Landesregierung im Jahr **2016 über 40 Mio. Euro nach Berlin zurückgeschickt** hat, weil hier im Gegensatz zu anderen Bundesländern **keine vernünftige Vorratsplanung** gemacht wird.

Für **Herrn Wissing** gilt: Natürlich kann er nichts für die Versäumnisse seiner Vorgänger, aber er muss sich schon **an seinen eigenen Ankündigungen messen lassen**. Im **FDP-Wahlprogramm** wird eine Aufstockung der Mittel für den **Erhalt des Landstraßennetzes auf 100 Mio. jährlich** gefordert.

Die **reinen Erhaltungskosten** belaufen sich laut Landesrechnungshof auf **89 Mio. Euro**. Herr Wissing stellt 88 Mio. Euro an Erhaltungsmitteln zur Verfügung. Damit wird also **noch nicht einmal der weitere Substanzverlust gestoppt**.

Es besteht ein **Neubaustau von über 100 Mio. Euro**. Herr Wissing stellt nur 7 Mio. Euro Neubaumittel zur Verfügung.

V. Medizinische Versorgung, Pflege

1. **Mehr Sicherheit für die Krankenhausversorgung durch Abbau des Investitionsstaus bei der Krankenhausförderung**
2. **Mehr Sicherheit in der ärztlichen Versorgung durch Neukonzeption des Förderprogramms der Landesregierung und weitere Maßnahmen**
3. **Mehr Sicherheit bei Mitwirkung und Beteiligung in Einrichtungen für Menschen im Alter mit Pflegebedarf oder Behinderung durch verstärkte Schulung**

Investitionsstau bei Krankenhäusern abbauen

Krankenhäuser, Hausarztpraxen oder Pflegeeinrichtungen – im Laufe unseres Lebens kommen wir wohl alle - als Patient oder Angehöriger - damit in Kontakt. Seit Jahren setzt sich die CDU-Landtagsfraktion für eine bessere Krankenhausförderung ein. Denn die **angespannte finanzielle Situation** vieler Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz lässt dringend **notwendige Investitionen** oft nicht mehr zu.

Auch wenn die Krankenkassen eine jährliche **Förderlücke von über 100 Millionen Euro** benennen, ist die Landesregierung nicht bereit, den bestehenden Investitionsstau zu bestätigen oder zu beziffern. Eigentlich hätte sie die Investitionsförderung längst **anheben** müssen – stattdessen sind die **tatsächlichen Ausgaben** über viele Jahre sogar **gesunken**. Auch im aktuellen Haushaltsentwurf sind keine Korrekturen zu erkennen.

In unserem **Antrag zur Krankenhausversorgung** fordern wir die Landesregierung unter anderem auf, den **Investitionsstau endlich anzuerkennen und authentisch zu beziffern**. Außerdem müssen **neue Lösungen zu einer besseren Finanzierung** der Krankenhäuser entwickelt werden, z.B. eine gemeinsame Investitionskostenfinanzierung mit den Krankenkassen.

Neukonzeption des Förderprogramms für die ärztliche Versorgung

Nicht nur Krankenhäuser, auch Hausärzte sind ein wichtiger Teil der medizinischen Versorgung. In ländlichen Regionen ist es bereits heute oft nicht einfach, einen Arzt in **zumutbarer Entfernung** zu finden. In den nächsten Jahren wird sich diese Entwicklung noch deutlich verschärfen, so Experten. Denn der Beruf des Hausarztes wird **für junge Mediziner zunehmend unattraktiv**, viele Praxen haben Schwierigkeiten, Nachwuchs zu finden. Eine Ursache: **fehlende Anreize und ein fehlendes nachhaltiges Konzept der Landesregierung**. Hier setzt unser Antrag an.

Wir schlagen eine **Neukonzeption des Förderprogramms für die ärztliche Versorgung** vor. **Erhöhung der Studienplätze** für Medizin und **Stipendienprogramme** für Studierende, die sich nach der Ausbildung verpflichten, als Hausarzt im ländlichen Raum zu arbeiten – das sind nur zwei Maßnahmen, die wir hier für wichtig halten.

Mehr Beteiligung von Pflegebedürftigen und Behinderten durch verstärkte Schulungen

Wenn Menschen nicht mehr zu Hause gepflegt werden können, helfen entsprechende Einrichtungen. Diese sind verpflichtet, eine **Vertretung für die Bewohner** einzurichten. So sollen zum einen deren **Interessen wahrgenommen** werden, zum anderen ist die Mitwirkung für die Bewohner in einem solchen Gremium ein **wichtiges Element der Teilhabe**.

Damit sie dieses Recht der Mitgestaltung auch angemessen wahrnehmen können, sind entsprechende **Schulungen sinnvoll**. Hier sehen wir im Angebot der Landesregierung ein Defizit. So gibt es zum Beispiel für volljährige Menschen mit Behinderung, die in einer Einrichtung leben, Schulungen nur zweimal im Jahr in zwei unterschiedlichen Regionen. Mit unserem Antrag möchten wir erreichen, dass das **Schulungsangebot für Bewohnergremien ausgebaut und individueller gestaltet** wird. Da die Landesregierung einen **Qualitätssicherungsauftrag** hat, ist sie hier in der Verantwortung.

2. Kommunen

Kommunen entlasten – Bundesmittel angemessen weiterleiten

Die Finanzlage der Kommunen in RLP ist dramatisch. Das zeigt sich schon bei einem Blick auf einige wenige Kennzahlen:

- **Fast 40 % der Gemeinden und Gemeindeverbände** in RLP haben erhebliche Finanzierungsdefizite (2015).
- Die **Verschuldung** der Kommunen in RLP liegt um **84 % über dem Durchschnitt** der Flächenländer.
- **5 der 10** am höchsten verschuldeten Städte Deutschlands liegen **in RLP**.
- Allein die **Stadt Mainz** hatte Ende 2015 **doppelt so hohe Liquiditätskredite** wie alle Kommunen in Bayern und BaWü zusammen.

Diese ohnehin schon sehr schwierige Finanzsituation wird für die Kommunen durch die **Herausforderungen aus der Flüchtlingskrise** zusätzlich verschärft. Die **Bundesregierung** hat deshalb in Absprache mit den Ländern zur **Entlastung der Kommunen** Finanzmittel in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt. Die auf Rheinland-Pfalz entfallenden Gelder werden allerdings **nicht im notwendigen Umfang an die Kommunen weitergegeben**, obwohl genau dies der erklärte Wille des Bundesgesetzgebers war.

Mit einem **Entschließungsantrag** fordern wir die Landesregierung deshalb auf:

- mindestens die Hälfte des Anteils des Landes an der jährlichen **Integrationspauschale des Bundes** an die rheinland-pfälzischen Kommunen jeweils umgehend weiterzuleiten,
- den Kommunen die vollen, dem Land zugewiesenen zusätzlichen Mittel in Höhe von **48 Mio. € weiterzuleiten**, die das Land aufgrund des „**Bundesgesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen**“ durch eine Erhöhung des Länderanteiles an der Umsatzsteuer erhalten hat.

Unabhängig davon muss die **Finanzlage der Kommunen** grundsätzlich auf eine neue Basis gestellt werden. Im Rahmen der **Evaluierung des Landesfinanzausgleichgesetzes wollen wir** deshalb, dass:

- der **Landesanteil in der Finanzausgleichsmasse so erhöht** wird, dass die Kommunen dauerhaft in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne weitere, neue Verschuldung bewältigen zu können,
- nach Wegen gesucht wird, wie eine **dauerhafte Entschuldung** der rheinland-pfälzischen Kommunen erreicht werden kann.

VII. Land- und Forstwirtschaft, Weinbau

1. **Neue Vermarktungswege für Obstbauern**
2. **Erhaltung der Kulturlandschaft durch Pflege der Steillagen**
3. **Personalentwicklung in den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum**
4. **Waldwegenetz in Rheinland-Pfalz**

Landwirte, Obstbauern und Winzer pflegen die Kulturlandschaft

Unsere **Landwirte, Obstbauer und Winzer** stehen nicht nur für die Erzeugung hochwertiger Produkte, sondern sind zugleich unverzichtbar für die **Pflege unserer Kulturlandschaft** und damit für den Erhalt unserer Umwelt. Wichtige Beispiele sind hier die **Bewahrung der Streuobstwiesen** durch unsere Obstbauern oder auch des **Steillagenweinbaus an Mosel, Rhein und Ahr** durch unsere Winzer.

Die **Obstbrenner** müssen deshalb bei der **Entwicklung neuer Strategien zur Herstellung und Vermarktung ihrer Produkte besser unterstützt** werden. Zugleich bedarf es für unsere **Winzer** dringend einer **zusätzlichen Förderung der sog. „Handarbeitslagen“ im Steillagenweinbau**, die den Mehraufwand für die Erhaltung dieser Flächen honoriert. Das wollen wir mit unseren Anträgen erreichen.

Dienstleistungszentren Ländlicher Raum stärken

Mit einem weiteren Antrag sprechen wir uns für eine **aufgabenangemessene Personal- und Finanzausstattung der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR)** aus. Hintergrund ist die Überzeugung, dass die DLR's ihre wichtigen Aufgaben u.a. in den Bereichen Flurbereinigung, Forschung, Ausbildung und Beratung nur unter dieser Voraussetzung erfüllen können.

Erhaltungszustand des Waldwegenetzes erfassen

Ein **vierter Antrag** in diesem Bereich beschäftigt sich mit dem **Waldwegenetz in Rheinland-Pfalz**, dem walddreiststen deusthen Bundesland. Hier geht es uns um eine lückenlose **Erfassung des Erhaltungszustands** der Wege und Brücke – als Voraussetzung für die Erstellung eines **Sanierungsplans**. Intakte Wege und Brücken bilden die Grundvoraussetzung für die Arbeit der Forstwirtschaft und sind wichtig für den Tourismus.